

HOHENLIMBURG

Kann Hohenlimburg noch einmal frei sein?

Im 50. Jahr der Eingemeindung: Was wurde aus der Gruppe, die die Rückgemeindung anstrebt?



Am 31. Dezember 1974, dem Tag vor der Eingemeindung Hohenlimburgs, schoss Heimatvereinsvorsitzender Widbert Felka dieses Foto auf der Iserlohner Straße. Es zeigt das alte Ortsschild der eigenständigen Stadt Hohenlimburg im Kreis Iserlohn.

WIDBERT FELKA

Mike Fiebig

Hohenlimburg. Es ist für viele Kommunen im Land das Jubiläumsjahr der Gebietsreform. Sie wurde in zwei großen Phasen ab dem Jahr 1966 vollzogen und fand ihren weitgehenden Abschluss am 1. Januar 1975. Für die einstige Stadt Hohenlimburg bedeutete das: Sie gehört seither zu Hagen. Ein Schritt, der für viele in Hohenlimburg, die den Prozess damals miterlebten, mit unterschiedlichsten Erinnerungen und Gefühlen verbunden ist. Bis heute. Forciert von jungen Hohenlimburger Bürgern zwischen 20 und 30 Jahren und begleitet vom Frontmann der „Bürger für Hohenlimburg“, Frank „Zico“ Schmidt, lebte der Unabhängigkeitsgedanke vor sechs Jahren neu auf. Was ist daraus geworden?

Frank Schmidt war als Kind auf dem Rathausplatz in Hohenlimburg dabei, als die damalige Bürgermeisterin Marie Schumann verkündete, dass Hohenlimburg eingemeindet wird. Schmidt hat diesen Moment stets als so prägend beschrieben, dass für ihn klar war, sich politisch zu engagieren. Im Sinne

Hohenlimburgs, aber auch im Sinne einer Eigenständigkeit der alten Stadt.

2004 hatte es zuletzt den Versuch einer Bürgervereinigung gegeben, Hohenlimburg aus dem Stadtgebiet Hagens zu lösen. Doch die Mitglieder des Kommunalausschusses des Landes NRW lehnten einstimmig ab. Die Abgeordneten konnten in der Selbstständigkeit Hohenlimburgs keine Verbesserung für die Gemeinde erkennen. Dem Antrag im Landtag war eine große Befragung der Ruhr-Universität Bochum in Hohenlimburger Haushalten vorausgegangen. Über 80 Prozent der Hohenlimburger stimmten dabei für die Eigenständigkeit des Ortes an der Lenne.

In den festgelegten Zielen der Wählergemeinschaft „Bürger für Hohenlimburg“ steht als letzter Punkt: „Wir streben die Rückgemeindung der bis 1975 selbstständigen Stadt Hohenlimburg an.“ Man wollte den steinigen Weg noch einmal gehen. „Es braucht zunächst eine Willensbekundung der Bevölkerung in Form einer repräsentativen Befragung“, sagte Frank Schmidt bereits 2019. Danach müs-

se eine Eingabe an den Landtag folgen, in der erklärt werden müsse, warum es Nachteile durch die Eingemeindung gebe. Dann müsste der kommunalpolitische Ausschuss entscheiden. Fünf Jahre Planungszeit gingen der Entscheidung 2004 einst voraus. „Die Bürgervereinigung gibt es zwar formal weiterhin, sie hat ihre Aktivitäten aber ruhend gestellt“, sagt Frank Schmidt auf Anfrage der WP. „Und dann gab es vor Corona ja ein paar junge Leute, die auf mich zukamen, mit dem Wunsch, die Sache nochmal aufzurollen. Diese Gruppe hatte allerdings kaum eine Vorstellung, was es an Vorlauf brauche, um ein solches Verfahren überhaupt noch einmal in Gang zu bringen, sprich, den Landtag zu einer Befassung mit dem Thema zu bewegen.“

„Wobei der Ausgang dieser Befassung dann auch mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf eine Ablehnung des Anliegens hinauslief. Als dann noch Corona kam, waren wir uns darüber einig, dass es unter den gegebenen Umständen wenig Sinn ergibt, aktuell einen neuen Versuch zu unternehmen, weil man die Unterstützung vieler Leute braucht.

Die damaligen Kontakteinschränkungen standen dem entgegen. Jedenfalls ist die Sache aus Mangel an aktueller Perspektive eingeschlafen“, sagt Frank Schmidt ohne jede Kritik. „Meiner Ansicht nach brauchen wir günstige Begleitumstände, um noch einmal die Perspektive Selbstständigkeit aussichtsreich verfolgen zu können, zum Beispiel Bestrebungen einer Landesregierung, in NRW erneut eine Gebietsreform durchzuführen, von der mehrere Städte betroffen wären. Eine alleinige „Lex Hohenlimburg“ ist nach meiner Erfahrung und Einschätzung sehr unwahrscheinlich“, so der Sprecher der Bürger für Hohenlimburg.

Den Zeitgeist für eine Gebietsreform gibt es aktuell gar nicht. Durch die letzte Gebietsreform in NRW wurde die Stadt Hohenlimburg am 1. Januar 1975 in die Großstadt Hagen eingemeindet. Ein schmerzhafter Moment, der in den Herzen Tausender Hohenlimburger bis heute für Abneigung gegenüber der Stadt Hagen sorgt. Ein Gefühl, das in Hohenlimburg vielerorts heute spürbar ist und auch in den jüngeren Generationen nicht verblasst.

NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst hatte die kommunale Gebietsreform 1975 zuletzt gewürdigt. Gleichzeitig erteilte er gegenüber der Westfalenpost einer neuen Gebietsreform eine Absage: Dafür gebe es heute keine Notwendigkeit. Ministerpräsident Wüst sagt im Rückblick: „Die Gebietsreform war ein wichtiger Schritt, um die kommunale Verwaltung in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen. In den letzten Jahrzehnten sind die Aufgaben der Verwaltung immer anspruchsvoller geworden. Deshalb ist es sinnvoll, dass nicht mehr jede und jeder alles macht.“ Die Bündelung von Aufgaben ermögliche die Entwicklung hoher Fachkompetenz und dadurch auch Rechtssicherheit und Verlässlichkeit. „Diesen Weg fortzusetzen, halte ich für richtig“, so Wüst. „Weitere Gebietsreformen brauchen wir dafür aber nicht. Als Land ermöglichen wir den Kommunen heute per Gesetz eine Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis.“ Das geschehe zum Beispiel bei Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Lebensmittelüberwachung oder der Personalverwaltung.